

Amt Brück

Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses Brück vom 20.10.2025

Tagungsort: Sitzungssaal im Gebäude II der Amtsverwaltung,
Ernst-Thälmann-Straße 58 in Brück

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.08 Uhr

Teilnehmer

Anwesend:

Herr Matthias Baitz
Herr Uwe Schomburg
Frau Sigrid Klink
Herr Jens Mahlow
Herr Stephan Burow
(Stellv. für Nino Winkelmann)
Frau Alice Anna Bielecki
(Stellv. für Egbert Eska)

Abwesend:

Herr Egbert Eska (entsch.)
Herr Nino Winkelmann (entsch.)

vom Amt anwesend: Herr Ryll, Frau Boese

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Information zu wesentlichen Angelegenheiten des Amtes sowie Bericht des Hauptverwaltungsbeamten
5. Einwohnerfragestunde
6. Behandlung von Anfragen von Amtsausschussmitgliedern
7. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der letzten Sitzung am 15.09.2025
8. **A-20-45/2025** Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2023 des
Beschlussvorlage Amtes Brück
9. **A-20-46/2025** Beschluss über die Entlastung des Amtsdirektors für das
Beschlussvorlage Haushaltsjahr 2023
10. Diskussion 1. Haushaltsentwurf 2026/2027
11. Diskussion Finanzbedarf aus Gefahrenabwehrbedarfsplan

II. Nichtöffentlicher Teil

Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Die Sitzung findet in Präsenz statt und es wird zu Protokollzwecken eine Audioaufzeichnung erstellt.

zu TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Baitz eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr.

zu TOP 2. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest.

zu TOP 3. Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte (TOP) zu ändern, indem er den TOP 11 vor den TOP 10 behandelt, um zunächst den Finanzbedarf aus dem Gefahrenabwehrbedarfsplan zu erörtern, bevor die Haushaltsplanung diskutiert wird. Die Anwesenden unterstützen diesen Vorschlag, was zu einer einstimmigen Beschlussfassung über die geänderte TO führt.

zu TOP 4. Information zu wesentlichen Angelegenheiten des Amtes sowie Bericht des Hauptverwaltungsbeamten

Der AD teilt mit, dass es keine neuen Informationen seitens des Hauptverwaltungsbeamten gebe.

Frau Boese, (FBL Finanzen) weist auf eine Pressemitteilung zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ hin. Sie erläutert, dass geprüft werden solle, für welche Sportstätten dieses Programm infrage komme. Sie informiert, dass die Frist für die Antragstellung bis Januar 2026 laufe. Zudem regt sie an, eine mögliche Co-Finanzierung über das Programm LIDA zu prüfen, da dies eine interessante Option darstelle, insbesondere im Zusammenhang mit den aktuellen Haushaltsberatungen.

Der AD ergänzt, dass für das Förderprogramm möglicherweise eine Kostenschätzung oder ein Bauantrag erforderlich sei. Er gibt zu bedenken, dass das Amt in diesem Fall möglicherweise nicht rechtzeitig die notwendigen Unterlagen vorlegen könne, da man in der Planung noch nicht so weit sei. Dennoch werde das Programm geprüft. Parallel dazu verweist er auf ein Investitionsprogramm des Landes, das mit einem geringen Zinssatz arbeite.

Herr Schomburg kommt während der Sitzung um 18.07 Uhr hinzu. Der Vorsitzende informiert ihn über die veränderte Tagesordnung.

zu TOP 5. Einwohnerfragestunde

Keine.

zu TOP 6. Behandlung von Anfragen von Amtsausschussmitgliedern

Der AD teilt mit, dass es keine Anfragen der Ausschussmitglieder gibt.

Der Vorsitzende führt aus, dass in der Stadt Brück ein Haushaltskonsolidierungsausschuss gegründet wurde, der sich intensiv mit dem städtischen Haushalt beschäftigt. Aus diesem



Gremium sei der Wunsch hervorgegangen, die Beschlussvorlagen um zusätzliche Informationen zu erweitern, um eine bessere Übersicht über Folgekosten, bilanzielle Auswirkungen und Einsparungen zu erhalten. Frau Boese habe bereits einen Entwurf für eine solche Erweiterung erarbeitet. Der Vorsitzende schlägt vor, diese Idee im Finanzausschuss zu diskutieren, um zu prüfen, ob eine allgemeine Umsetzung, auch auf Amtsebene, möglich sei.

Frau Boese ergänzt, dass es den Brücker Vertretern insbesondere darum gehe, die finanziellen Auswirkungen von Zahlungsvorgängen auf den Haushalt transparenter darzustellen. Sie schlägt vor, die Erweiterung der Beschlussvorlagen auf größere Investitionen und mehrjährige Maßnahmen zu beschränken, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten. Sie nennt als Beispiel eine Straßenbaumaßnahme, bei der die finanziellen Auswirkungen auf Zahlungsflüsse und Bilanzpositionen dargestellt werden könnten.

Frau Bielecki unterstützt die Idee und betont, dass ein besserer Überblick über die finanzielle Situation bei investiven Maßnahmen hilfreich sei. Sie regt an, Kriterien zu definieren, ab wann eine solche erweiterte Vorlage erforderlich sei.

Der Vorsitzende nimmt die Anregungen auf und schlägt vor, die Verwaltung mit der weiteren Ausarbeitung zu beauftragen.

Der Vorsitzende geht auf die Ergebnisse der letzten Sitzung ein, in der eine PowerPoint-Präsentation von Frau Boese gezeigt wurde. Er kritisiert, dass die präsentierten Daten nicht zufriedenstellend waren, da wesentliche Abweichungen in den Haushaltskonten nicht ausreichend erläutert wurden. Er verweist auf den Gesetzestext, der eine halbjährliche Unterrichtung der Gemeindevertretung über den Stand des Haushaltsvollzugs und die Gründe für Abweichungen vorschreibt. Er nennt konkrete Beispiele für Konten mit erheblichen Abweichungen und fordert eine Erklärung für die nicht umgesetzten Maßnahmen sowie eine Überprüfung der Kapazitäten und der Umsetzung geplanter Maßnahmen.

Der AD widerspricht teilweise der Darstellung und betont, dass zahlreiche Mittel aus der sogenannten „Wernerschen Liste“ in den Folgejahren erneut berücksichtigt würden. Der Vorsitzende ergänzt, dass die aktualisierte *Blaue Liste* in Teilen nicht schlüssig sei und Maßnahmen teils nicht nachvollziehbar übertragen oder ausgelassen würden. Er weist zudem auf weitere Unstimmigkeiten in der Abarbeitungsliste hin und äußert sich enttäuscht über die geringe Umsetzungsquote der Maßnahmen. Er schlägt vor, den Begriff „angearbeitet“ künftig als Status zu definieren, ab dem konkrete Haushaltsmittel erstmals eingeplant werden dürfen (Angearbeitet = Haushaltsreif).

Herr Dr. Burow äußert seine Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation und kündigt an, einer erneuten Planung von Maßnahmen in der bisherigen Form nicht zuzustimmen. Er fordert eine realistischere Planung und eine bessere Umsetzung der Maßnahmen.

Frau Boese erklärt, dass die Fachbereiche regelmäßig angehalten würden, ihre Kapazitäten und die Umsetzbarkeit von Maßnahmen realistisch einzuschätzen. Sie räumt jedoch ein, dass dies bisher nicht zufriedenstellend umgesetzt wurde.

Sigrid Klink schlägt vor, zunächst die bestehenden Maßnahmen abzarbeiten, bevor neue geplant werden.

Der AD weist darauf hin, dass die Haushalte von den Gemeinden beschlossen würden und die Verwaltung lediglich Vorschläge unterbreite. Er betont, dass die Prioritäten oft auf zusätzliche Maßnahmen der Gemeinden gelegt würden, was zu Verzögerungen bei geplanten Maßnahmen auf Amtsebene führe. Er berichtet von Überlegungen, die Kapazitäten innerhalb der Verwaltung umzuverteilen, um die Umsetzung zu verbessern.



Es wird angeregt, kleinere Maßnahmen durch Vereine umsetzen zu lassen, um die Verwaltung zu entlasten. Er verweist auf positive Erfahrungen in Brück und Golzow, wo Vereine bereits eigenständig Maßnahmen umgesetzt hätten. Der AD unterstützt diesen Ansatz und schlägt vor, ein entsprechendes Verfahren zu entwickeln, bei dem Vereine kleinere Maßnahmen bis zu einer bestimmten Kostengrenze eigenständig koordinieren könnten, während die Verwaltung die abschließende Beauftragung und Abrechnung übernehme.

Herr Dr. Burow äußert Bedenken hinsichtlich der praktischen Umsetzung und der Einhaltung von Vergaberegeln. Der AD betont, dass die Maßnahmen weiterhin über die Verwaltung laufen müssten, um den Überblick zu behalten, und dass die Vereine lediglich unterstützend tätig werden sollten.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, dass die Diskussion wichtige Ansätze geliefert habe, die weiterverfolgt werden sollten. Herr Dr. Burow und Herr Schomburg, kündigen an, die offenen Fragen und Maßnahmen in ihren Gemeinden weiter zu klären.

zu TOP 7. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der letzten Sitzung am 15.09.2025

Es liegen weder schriftlich noch mündlich Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Diese lag allen Mitgliedern rechtzeitig zur Kenntnisnahme vor. Sie gilt damit als bestätigt.

zu TOP 8. Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2023 des Amtes A-20-45/2025 Brück
Beschlussvorlage

Der Vorsitzende verweist darauf, dass im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes mehrfach der Hinweis enthalten sei, die Differenzen zwischen dem geplanten Haushaltsansatz und dem tatsächlichen Ergebnis zu minimieren. Dies erfordere eine realistische Betrachtung der Umsetzbarkeit geplanter Aufwendungen und Auszahlungen bei der Haushaltsaufstellung. Er betont, dass dieser Hinweis bereits in den vergangenen Jahren wiederholt gegeben worden sei und verweist auf eine von Frau Boese erstellte Übersicht, die die Abweichungen zwischen den geplanten und tatsächlichen Ergebnissen der vergangenen Jahre verdeutliche. Dabei hebt er hervor, dass die tatsächlichen Ergebnisse regelmäßig besser ausfielen als die Planungen, was die Notwendigkeit einer realistischeren Haushaltsplanung unterstreiche.

Der Vorsitzende betont, dass Amtsverwaltung und Amtsausschuss in der Verantwortung stehen, bei der zukünftigen Haushaltsplanung die Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes zu berücksichtigen, um unrealistische Ansätze zu vermeiden. Die Ursachen der Abweichungen sollten analysiert werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird die Problematik der Haushaltsplanung und der Umsetzung von Maßnahmen thematisiert.

Herr Dr. Burow hebt hervor, dass es notwendig sei, die Differenzen zwischen geplanten und tatsächlich umgesetzten Maßnahmen zu reduzieren, um die Gemeinden nicht unnötig zu belasten.



Der Beschlusstext lautet wie folgt:

Der Amtsausschuss des Amtes Brück beschließt

den geprüften und festgestellten Jahresabschluss des Amtes Brück für das Haushaltsjahres 2023

auf der Grundlage des § 80 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der derzeit gültigen Fassung.

Anwesende	:6
Ja-Stimmen	:6
Nein-Stimmen	:0
Enthaltungen	:0
befangen	:0
Abstimmung	:empfohlen

zu TOP 9.
A-20-46/2025
Beschlussvorlage

Beschluss über die Entlastung des Amtsdirektors für das Haushaltsjahr 2023

Der Vorsitzende leitet die Diskussion ein, indem er die Entlastung des AD als ersten Punkt behandelt. Nach der Feststellung, dass es keine weiteren Anmerkungen zur Beschlussvorlage gibt, bittet der Vorsitzende um ein Votum, das angenommen wird.

Der Beschlusstext lautet wie folgt:

Der Amtsausschuss des Amtes Brück beschließt die Entlastung

des Amtsdirektors Mathias Ryll

für das Haushaltsjahr 2023 gemäß § 80 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der derzeit gültigen Fassung.

Anwesende	:6
Ja-Stimmen	:6
Nein-Stimmen	:0
Enthaltungen	:0
befangen	:0
Abstimmung	:empfohlen

zu TOP 10. Diskussion 1. Haushaltsentwurf 2026/2027

Der Vorsitzende erläutert den ersten Entwurf des Haushaltsplans, der eine Amtsumlage von 32,61 % für das Jahr 2026 und 34,3 % für das Jahr 2027 vorsieht. Er betont, dass der Entwurf noch überarbeitet werden müsse. Herr Schomburg merkt an, dass der Gesamtplan derzeit nicht diskutiert werden könne, da viele der besprochenen Punkte noch nicht eingearbeitet seien. Frau Boese und der Vorsitzende bestätigen, dass einige Posten, wie Fahrzeuge und Löschbrunnen, teilweise berücksichtigt seien, jedoch keine neuen Fahrzeuge eingeplant wurden. Frau Klink ergänzt, dass die bisherigen Beschlusslagen berücksichtigt wurden, jedoch keine darüber hinausgehenden Maßnahmen.

Herr Schomburg fragt nach den Gründen für den Anstieg der Amtsumlage. Frau Boese erklärt, dass höhere Personalkosten aufgrund von Tarifverhandlungen, gestiegene



Bewirtschaftungskosten und umfangreiche Bedarfsanmeldungen der Feuerwehr maßgeblich dazu beitragen. Zudem seien Investitionen in die IT-Ausstattung der Verwaltung, wie Server und Infrastruktur, notwendig. Der Vorsitzende ergänzt, dass allein für Personalkosten in diesem Jahr voraussichtlich 60.000 Euro zusätzlich benötigt würden, da die bisherigen Ansätze nicht ausreichen.

Herr Dr. Burow erkundigt sich, ob Überlegungen zur Einsparung von Personal angestellt wurden. Frau Boese verweist darauf, dass dies nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liege. Frau Klink schlägt vor, freie Ressourcen durch Umsetzungen innerhalb der Verwaltung effizienter zu nutzen, anstatt Personal abzubauen. Der AD weist darauf hin, dass eine Reduzierung von Personal die Umsetzung von Maßnahmen beeinträchtigen könnte. Frau Klink betont, dass sie eher für eine Umverteilung von Personal sei, um bestehende Aufgaben besser zu bewältigen.

Der Vorsitzende erinnert an die Vereinbarung, bei jeder Pensionierung zu prüfen, ob die jeweilige Stelle noch benötigt werde.

Frau Boese erläutert, dass für die Ersterfassung und laufende Kontrolle von Bäumen erhebliche Kosten eingeplant seien, die jedoch abhängig von verschiedenen Faktoren wie Sturmschäden und Wetterlagen variieren könnten. Sie schlägt vor, die Obergrenze der geplanten Kosten zu überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Herr Dr. Burow hinterfragt die Notwendigkeit des geplanten Austauschs von Fenstern im Amtsgebäude. Frau Boese erklärt, dass eine Bestandsaufnahme ergeben habe, dass die Holzfenster an den Wetterseiten marode seien. Der AD ergänzt, dass einige Fenster so beschädigt seien, dass sie ausgetauscht werden müssten, und verweist auf die hohen Kosten für Reparaturen.

Frau Boese berichtet, dass 190.000 Euro für die Umrüstung von Atemschutzgeräten eingeplant seien, wobei Fördermittel beantragt werden sollen. Eine Umstellung sei notwendig, da die derzeitige Mischung aus verschiedenen Herstellern nicht mehr zulässig sei. Sie regt an, andere Maßnahmen zu priorisieren und gegebenenfalls zu verschieben, um den Haushalt zu entlasten.

Herr Dr. Burow und der Vorsitzende diskutieren die Notwendigkeit, die blaue Liste und die Prioritätenliste der Feuerwehrmaßnahmen zu überarbeiten. Sie betonen, dass nur realistisch umsetzbare Maßnahmen in den Haushalt aufgenommen werden sollten.

Die Diskussion schließt mit der Feststellung, dass die Verwaltung an einer besseren Vorbereitung und Priorisierung der Maßnahmen arbeiten müsse. Es wird vorgeschlagen, die Prioritätenliste im Finanzausschuss zu besprechen und gegebenenfalls im Amtsausschuss zu beschließen. Die Möglichkeit, den Haushalt erst im Januar oder Februar zu verabschieden, wird in Betracht gezogen, um eine gründliche Bearbeitung zu gewährleisten.

zu TOP 11.

Diskussion Finanzbedarf aus Gefahrenabwehrbedarfsplan

Der Vorsitzende verweist auf die Möglichkeit, die Standorte Feldstraße und Neuendorf zusammenzulegen, wie es im Plan angedeutet werde. Zudem gebe es eine Empfehlung des Amtswehrführers, den Standort Neuendorf zu einem Logistikstandort auszubauen, was ein neues Fahrzeug und weitere Investitionen umfassen würde. Der Vorsitzende stellt die Frage, ob die im Plan genannten Maßnahmen, wie der Bau einer 1,2 Millionen Euro teuren Halle in Neuendorf, bereits als beschlossen gelten oder ob diese noch offen seien. Er betont, dass strategische Entscheidungen im Amtsausschuss getroffen werden müssten, bevor Gelder für den Haushalt eingeplant werden könnten.

Der Vorsitzende informiert, dass Herr Konopka bereits eine Maßnahmenübersicht aus dem Gefahrenabwehrbedarfsplan erstellt habe, die 151 Maßnahmen umfasse. Davon seien 20



als unverzüglich und 34 als kurzfristig eingestuft. Er stellt die Frage, ob diese Priorisierung bereits abschließend sei oder ob der Amtsausschuss noch strategische Entscheidungen treffen müsse.

Herr Schomburg erinnert an die letzte Amtsausschusssitzung, in der der Gefahrenabwehrbedarfsplan beschlossen wurde. Er betont, dass damals ausdrücklich festgehalten wurde, dass keine Kosten unmittelbar mit dem Plan verbunden seien und dass die Priorisierung der Maßnahmen noch erfolgen müsse. Der AD weist darauf hin, dass der Standort Neuendorf bereits seit längerer Zeit diskutiert werde und die Verwaltung Mittel für Planungsleistungen vorgesehen habe, die jedoch immer wieder übertragen worden seien. Er betont, dass der Gefahrenabwehrbedarfsplan nun eine Grundlage für die Diskussion biete und dass die Prioritäten von der Amtsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Amtswehrführung festgelegt würden.

Frau Boese, unterstreicht, dass eine klare Priorisierung der Maßnahmen notwendig sei, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Sie betont, dass eine gedankliche und planerische Vorbereitung erforderlich sei, bevor Mittel in den Haushalt eingestellt werden könnten. Sie schlägt vor, zunächst eine Liste der Maßnahmen zu erstellen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen, und diese mit einer realistischen Kostenkalkulation zu unterlegen.

Frau Bielecki, regt an, eine Budgetierung für die nächsten zwei Jahre in Betracht zu ziehen, um eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten. Sie verweist auf die Möglichkeit, sich für ein LF-Katastrophenschutzfahrzeug über den Landkreis zu bewerben, um die Notwendigkeit eines GWL-Logistikstandorts in Neuendorf möglicherweise zu reduzieren. Der AD gibt zu bedenken, dass die Beschaffung eines solchen Fahrzeugs mehrere Jahre in Anspruch nehmen könnte und dass die Planungen für Neuendorf daher nicht ausschließlich darauf basieren sollten.

Frau Klink, äußert Unverständnis darüber, dass die Diskussion über den Standort Neuendorf bereits seit zwei Jahren andauere, ohne dass eine Entscheidung getroffen worden sei. Sie betont, dass der Zustand des aktuellen Gerätehauses in Neuendorf marode sei und eine Entscheidung dringend erforderlich sei. Der AD erklärt, dass die Verwaltung bereits an einer detaillierten Planung arbeite und eine Variantenuntersuchung für den Standort Neuendorf vornehmen werde, um verschiedene Optionen zu prüfen.

Herr Schomburg, erinnert daran, dass der Gefahrenabwehrbedarfsplan ursprünglich die Schließung des Standorts Neuendorf vorgeschlagen habe und erst durch politische Einflussnahme die Entscheidung zur Erhaltung des Standorts getroffen worden sei. Herr Dr. Burow betont, dass eine Grundsatzentscheidung über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Gefahrenabwehrbedarfsplan notwendig sei, um eine klare Priorisierung und Planung zu ermöglichen.

II.

Nichtöffentlicher Teil



Matthias Baitz
Ausschussvorsitzender